

Frieder Otto Wolf

Das Wunder von Europa läßt noch auf sich warten Zu Lage und Perspektiven der europäischen Linken nach der neoliberalen Gegenreform

1. Drei Gründe, warum eine realistische Chance zur politischen Gestaltung der europäischen Verhältnisse besteht

Die Völker Europas haben in den 90er Jahren eine einfache politische Erfindung gemacht, deren Tragweite bis heute noch nicht absehbar ist. Im Gegenzug zu der bis dahin ungebrochenen Offensive einer transnationalen neoliberalen Politik haben sie eine Methode der – durchaus nicht unwirksamen – Gegenoffensive von unten erfunden, die sich bisher nicht in die strategischen Fallen von Protektionismus und Nationalismus verstrickt hat. Die neoliberale Gegenreform hatte einen neuen Schub von Globalisierung und Europäisierung zu den Schlüsselösungen ihrer Politik gemacht. Demgegenüber haben die Völker Europas ihre negativen Erfahrungen mit der unter diesen Lösungen vorangetriebenen Mikroökonomisierung ihrer Lebensverhältnisse und der Deregulierung des Wirtschaftens in grenzübergreifend wirksame politische Gegeninterventionen umgesetzt. Diese Gegeninterventionen von unten setzten an drei Punkten an, an denen es sich entscheidet, ob der im Zeichen der Entfesselung der Marktkräfte am europäischen Binnenmarkt wieder in Gang gebrachte europäische Integrationsprozeß ein bloßer »Verstärker« (Streeck) für die Globalisierungs-Imperative bleibt, oder aber aus ihm die Chance für eine erneute politische Gestaltung der europäischen Verhältnisse gewonnen werden kann. Diese Gegeninterventionen setzen an:

- an der Ratifikation von Änderungen der europäischen Verträge,
- an Kommunikations- und Handlungsstrukturen innerhalb der europäischen Unternehmen und ihrer Belegschaften und
- an den Mehrheitsverhältnissen im Ministerrat als dem zentralen Ort der Macht innerhalb der europäischen Union.

Vor allem durch die europapolitische Nutzung der in den Mitgliedsstaaten vorhandenen Verfassungsinstrumente von Referenden (z.T. auch durch in-

tensivere parlamentarische Behandlung der Ratifikationsverfahren wurde für die Europäische Union zusammengenommen ein »Verfassungseffekt« erzielt: An die Stelle der (technokratisch und bürokratisch untermauerten) Verfahren einer Integration durch Einigung zwischen Regierungen treten damit zunehmend dem Anspruch nach demokratische Verfahren für politische Richtungsentscheidungen. Dadurch ist inzwischen in der Mehrheit der Mitgliedsstaaten eine Entwicklung der öffentlichen Diskussion erreicht, die die europäische Dimension als unumgebar wichtig auch für das Verfolgen national oder regional verorteter gesellschaftlicher Interessen begreift und so die Grundvoraussetzung für die Entstehung einer europäischen politischen Öffentlichkeit geschaffen hat.

Die Transnationalisierung der Unternehmen wird zunehmend von Bemühungen der betroffenen Belegschaften und Gewerkschaften begleitet, jedenfalls informationell und kommunikativ nachzuziehen, um grenzübergreifend handlungsfähig zu werden. Der erste 'europäische Streik' im Rahmen des Renault-Konzerns, mit dem die Belegschaften grenzübergreifend solidarisch auf das Vorhaben der Stilllegung des Renault-Werkes im belgischen Vilvoorde reagierten, war ebenso ein erster wichtiger Indikator für diese neue Entwicklung, wie die an die Dezemberstreiks in Frankreich 1995 anknüpfenden »Europäischen Märsche gegen Massenerwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und soziale Ausgrenzung«, die 1997 zum ersten Mal europaweit Erwerbsloseninitiativen und radikalere gewerkschaftliche und politische Kräfte zu Protestmärschen und einer Demonstration bei dem Amsterdamer EU-Gipfel motivieren konnten, oder die 1998 eingeleitete Politik einer grenzübergreifenden Koordination der Tarifpolitik seitens der deutschen IG Metall.

Zugleich mit den ersten Symptomen einer Krise der unter der neoliberalen Hegemonie ausgeweiteten und deregulierten Weltfinanzarchitektur begann sich das gesellschaftliche Klima in den westeuropäischen Ländern zu verändern: Konservativ-liberalen Regierungen wurde von den WählerInnen immer deutlicher verübelt, daß sie die restriktive Austeritätspolitik der Jahre 1993 bis 1997 im Namen Durchsetzung der Maastricht-Kriterien zu ihrem ureigenen Anliegen machten. Die spanische Regierung Aznar, die sich selbst gegen eine extrem Maastricht-eifrige Sozialdemokratie durchgesetzt hatte, ist heute neben den Luxemburger Großkoalitionären die letzte Bastion jener politischen Konstellation von Mitgliedsstaats-Regierungen, die einst mit der Durchsetzung des Maastricht-Vertrages, der WTO-Ratifizierung und »neuen Politikmodellen«¹ im Stile von Brittan und Bangemann,

1 Die mit völkerrechtlich verbindlichen Konventionen die deregulierte Kapitalzirkulation gegen jede Art von politischen Eingriffen, insbesondere durch nationalstaatliche Gesetzgebung oder Regierungshandeln schützen wollen, wodurch dem Kapital so etwas wie ein weltweiter »Grundrechtsschutz« mit Verfassungsrang eingeräumt würde.

wie dem inzwischen im ersten Anlauf gescheiterten MAI², den krönenden Abschluß der neoliberalen Gegenreform gerade in Europa durchsetzen hatten wollen.

In Portugal, Italien, Schweden, Finnland, Großbritannien, Frankreich und schließlich auch in der Bundesrepublik Deutschland haben die WählerInnen nacheinander den konservativ-liberalen Regierungskonstellationen der späten 80er und frühen 90er Jahre das Vertrauen entzogen und damit auch die Mehrheitsverhältnisse im Ministerrat der EU umgekehrt. Dem gingen z.T. überraschend intensive gesellschaftliche Auseinandersetzungen voraus, als deren Gemeinsamkeit in den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten sich am ehesten der Umstand hervorheben läßt, daß sie sich an ganz anderen Punkten entzündete, als die linken Kritiker des Neoliberalismus erwartet hatten: An der Verteidigung des öffentlichen Dienstes in Frankreich im Dezember 1995, an der Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Deutschland im Sommer 1996, an den Urlaubsregelungen in Dänemark im Sommer 1997 – an Punkten, die als eine empörende Verletzung des »guten Rechtes« der abhängigen Arbeit gewertet wurden.

Eine Vielfalt mehr oder minder erneuerter linker Ansätze scheint seitdem zumindest auf parlamentarischer Ebene wieder auf der Siegerstraße zu sein. Die Frage, ob diese Regierungen annähernd wissen, was sie unter den im Jahrzehnt der neoliberalen Gegenreform innergesellschaftlich wie international tiefgreifend veränderten Umständen als Linke sinnvoll wollen können, was ein 'radikal zeitgenössisches linkes Projekt' ausmacht, ist noch offen; ebenso die nicht weniger spannende Frage, ob sie sich über ihre unterschiedlichen Erfahrungs- und Traditionshintergründe hinweg rechtzeitig darüber verständigen können, wie sie ein solches Projekt in Europa oder im globalen Ringen um die Neugestaltung der 'einen Welt' politisch wirksam zur Geltung bringen können.

Festhalten läßt sich immerhin schon zweierlei: *Erstens* wird es ihnen gewiß mißlingen, diese Aufgabe zu lösen, wenn sie sich jeweils primär als Vertreter nationaler Sonderinteressen, gegen die anderen EuropäerInnen, begreifen und darüber hinaus angesichts der internen Schwierigkeiten mit einer immer auch ängstlichen WählerInnenbasis angesichts der verbreiteten Krisensignale vor allem ihre Kontinuität gegenüber der vorangegangenen Generation von Regierungen betonen. Bedauerlicherweise ist die schlichte Umkehrung ebenso unbestreitbar: Wenn ihnen nicht gelingt, in europäischer und globaler Politik nachvollziehbar an die wohlverstandenen Interessen ihrer nationalen WählerInnenbasis anzuknüpfen und deren Panik

2 Vgl. Kreissl-Dörfler (1998). Allerdings bleibt es signifikant, daß der vorerst entscheidende Schlag nationalstaatlich geführt werden mußte – in Gestalt der Entscheidung der Regierung der pluralen Linken in Frankreich, eine Fortführung dieser Art von Vertragsverhandlungen nicht mehr mitzumachen.

angesichts weitreichender Veränderungsprozesse zu vermeiden oder zu bändigen, auch dann werden sie unverrichteter Dinge abtreten müssen. Zwischen beiden Möglichkeiten des Fehlgehens liegt ein schmaler Erfolgspfad.

Zweitens wird die grenzübergreifende politische Konvergenz der europäischen Linken sicherlich *nicht* die Form einer politischen »Vereinheitlichung« annehmen. Wenn es gelingt, die Vielfalt von unterschiedlichen Interessenperspektiven, Erfahrungshorizonten, konzeptionellen Traditionen und politisch-kulturellen »Stilen« so aufeinander zu beziehen, daß die beteiligten politischen Projekte *kompatibel* und in ihrer Hauptwirkung konvergent werden, ist schon alles Entscheidende gewonnen.

2. Die subjektive Seite: Die Pluralität der Linken in Europa als Teil der strategischen Schwierigkeit, diese Chance zu nutzen

1. Regionalisierung der Linken und Globalisierung des Kapitals

Die Vielgestaltigkeit der politischen Linken in Europa betrifft längst nicht mehr nur die großen parteipolitischen Familien, die bis zu den 60er Jahren das Bild der Linken geprägt haben – Sozialdemokraten, Kommunisten und neue Linke.³ Auf die intellektuell geprägte neue Linke der 60er und 70er Jahre sind neue soziale Basisbewegungen gefolgt, die eine 'alternative Linke' konfiguriert haben, zu der auch überwiegend die grünen Parteibildungen gehören. Dabei sind libertäre, an verschüttete Traditionen des Anarchismus anknüpfende, sowie radikalliberale Motive neu belebt worden.

In dem Maße, in dem die unterschiedlichen Linken seit dem offenen Aufbrechen der verschleppten Krise des Marxismus in den 60er und 70er Jahren⁴ dazu gezwungen waren, entweder sektiererisch zu verkümmern oder sich neu in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu verankern, sind sie auch auf vielfältige Weise in den unterschiedlichen nationalen politischen Kulturen Europas angekommen: Deren Verwandtschaftsbeziehungen gemäß zeigen sich zunehmend romanisch-südeuropäische, angelsächsische, skandinavische und mitteleuropäische Verwandtschaftsgruppen, die sich z.B. an dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmensvertretern, an dem Verständnis von Politik, Staat und Recht, an der Auffassung von politischer Propaganda und ExpertInnenwissen, sowie an ihrer Herangehens-

3 Anders als in den USA (vgl. Buhle 1987) haben diese 'etablierten' Formen der Linken in Europa anarchistische und radikalliberale Elemente fast vollständig verdrängt.

4 Es ist überfällig, diese Krisen in ihrer vollen historischen Dimension zu sehen. Seit der selbst krisenhaften Konstitution des kautskyanischen »orthodoxen Marxismus« (vgl. Masaryk 1896) zählte Labriola bereits 1903 die dritte Krise. Karl Korsch greift 1929 die These von der akuten Krise des Marxismus angesichts des theoretischen Stalinismus (unter dem Namen des »Marxismus-Leninismus«) wieder auf, desgleichen Sartre 1956/57 und Althusser 1976, um nur die Höhepunkte zu nennen (vgl. auch PROKLA 36).

weise an theoretische Orientierungsaufgaben oder praktische Problemlösungen deutlich unterscheiden, wobei ältere historische Differenzen wie die zwischen römischer und germanischer Rechtstradition, Katholizismus und Orthodoxie sowie von Reformation und Gegenreformation in vielfach gebrochenen Formen immer noch präsent zu sein scheinen.

Dieser 'geokulturellen' Differenzierung der Befindlichkeiten und praxisleitenden Orientierungsmuster der unterschiedlichen Linken entspricht allerdings auf paradoxe Weise ein steigendes Anforderungsprofil hinsichtlich gemeinsamen oder zumindest konvergenten europäischen Handelns. Im Unterschied zu den Herausforderungen der 80er Jahre, in denen die Anti-AKW- oder die Friedensbewegung ihre praktische Solidarität mit den Bewegungen andernorts auch dadurch beweisen konnte⁵, daß sie am eigenen Ort den AKW-Bau und die Hochrüstung bekämpfte und gegen die 'eigene Seite' aufstand, ist eine Neuregulierung des Europäischen Binnenmarktes oder ein faires Regulationsregime für die internationalen Finanzmärkte nicht ohne ein gemeinsames und abgestimmtes politisches Handeln durchzusetzen. Schwieriger noch: Es reicht auch subjektiv nicht mehr aus, als Bewegungen transnational und grenzübergreifend zu handeln. Die Erfahrung der Globalisierung und die Ideologie des Globalismus haben das Problem des Internationalismus als Aufgabe, reale transnationale Handlungsfähigkeit zu entwickeln, unübersehbar auf die politische Tagesordnung gesetzt. Ohne entsprechendes Handeln ganzer Staaten – d.h. ihrer bevollmächtigten Vertreter auf der internationalen Bühne, der Regierungen – kann gar nichts von dem, worum es heute geht, auch nur auf den Weg gebracht, geschweige denn dauerhaft durchgesetzt werden. Aber dies gilt auch umgekehrt: Ohne Bündnisse ganz neuartiger Buntheit, mit anderen Regierungen, mit grenzübergreifenden Organisationen aus neuen und alten sozialen Bewegungen, mit lokalen Basisinitiativen und Intellektuellen oder ExpertInnen, bleibt das staatliche Handeln alleine relativ ohnmächtig.

2. Das parteipolitische Erbe der neuen sozialen Bewegungen

Die neuen sozialen Bewegungen – autonome Frauenbewegung, Ökologiebewegung, unterschiedliche 'bunte' Basisbewegungen, sowie die Friedensbewegung, die diese Bewegungsmotive an einem übergreifenden tagespolitischen Thema bündelte, haben auf fast alle Parteien des demokratischen Spektrums eingewirkt. Dies gilt selbst dort ganz besonders für die Parteien aus der Tradition der Arbeiterbewegung, wo sich diese neuen sozialen Bewegungen als deren Antipoden begriffen haben. Also insbesondere für die Parteien des sozialdemokratischen und kommunistischen Spektrums der

5 In Abgrenzung zur NIMBY-Haltung (Not in my backyard) formulierten diese Bewegungen in der BRD von vornherein »universalistisch«: »Kein AKW in Brokdorf oder anderswo!«

stark von der Arbeiterbewegung geprägten europäischen Reformländer des Fordismus, in denen sie spätestens mit dem beginnenden Generationenwechsel in den 80er Jahren eine Erneuerungsdebatte auslösten.

Grüne und grün-alternative Parteien, die zunächst in der angelsächsischen Welt, in Neuseeland, Tasmanien und Australien, dann in England, als Mittelschicht-Protestparteien entstanden waren, konnten sich in Westeuropa in einem komplizierten Prozeß – etwa mit heftigen Rückschlägen in Frankreich und England – in dem Maße als ein eigenständiger Faktor in unterschiedlichen Parteiensystemen etablieren, in dem es ihnen gelang, sich als »parlamentarischer Arm« der neuen sozialen Bewegungen zu konsolidieren und dabei sowohl bisher linksradikale als auch linksbürgerliche Kräfte für gemeinsame Reformprojekte zu gewinnen.⁶ Beispiele hierfür sind – in unterschiedlicher Phasenabfolge – die deutschen, wallonischen und französischen Grünen. Die österreichischen, flämischen, schwedischen oder irischen Grünen mußten sich dagegen als parlamentarische Kraft erst in verschiedenen Konkurrenzkonstellationen gegen Kräfte der traditionellen (A, B) oder neuen Linken (IRL) oder gegen den demokratischen Zweig der regionalistischen Bewegungsparteien (B) durchsetzen. In Osteuropa mit seinen durch die Nachwirkungen des sowjetischen Modells ideologisch verschobenen Parteiensystemen haben sich die Grünen bisher nur punktuell – in Georgien und in der Ukraine – als eigenständige parlamentarische Kraft etablieren können, sind aber z.T. als Bündnispartner in Wahlkoalitionen der linken Mitte relevant, etwa in der Slowakei, in Slowenien und mit Einschränkungen auch in Bulgarien.

Wo sich eine solche Gewinnkonstellation auch nicht annähernd herstellen ließ, da die Rolle der Partei der neuen sozialen Bewegungen bereits glaubwürdig besetzt war (wie in Dänemark und Norwegen), weil die traditionellen Arbeiterparteien noch in den 70er Jahren faktisch neu gegründete Träger eines postfaschistischen Demokratisierungsprozesses waren (wie in Portugal, Spanien oder Griechenland) oder weil das Wahlsystem die Bildung von neuen 'Bündnisparteien' nicht zuließ (wie in Großbritannien), verblieben die Gründungsansätze in einem mehr (Spanien) oder minder (Dänemark) prekären Sektensstatus, sofern sie nicht bei anderen Kräften dauerhaften Unterschlupf finden konnten (in Portugal bei der traditions-kommunistischen KP, in Polen bei der radikalliberalen Freiheitsunion).

Insgesamt ist es den grünen Parteien in Europa nicht gelungen, ihre Gründungsansprüche als »Partei neuen Typs« (Jäger 1980) oder »Antiparteien-

6 Aus der international vergleichenden »Grünen-Forschung« möchte ich besonders die in Deutschland bisher kaum beachteten Arbeiten Jorge Riechmanns hervorheben. Als aktuelle Informationsquelle über den Stand der Entwicklung grüner Parteien in Europa bieten sich die Publikationen der 1996 gegründeten »Europäischen Föderation der Grünen Parteien« an, insbesondere deren Newsletter »update« (seit 1996).

Partei« (Petra Kelly) einzulösen, die die »Altparteien« ablösen wollten. Was ihnen aber sehr wohl, ankündigungs- und erwartungswidrig, gelungen ist, ist zumindest als Juniorpartner der linken Gesamtkonfiguration eine wachsende Rolle zu spielen. Inzwischen sind sie innerhalb der EU an vier Koalitionen der linken Mitte beteiligt (I, F, SF, D) und in Schweden – zusammen mit der Linkspartei – einer der beiden Tolerierungspartner der sozialdemokratischen Minderheitsregierung. In Osteuropa sind in Georgien, Polen, Slowakei und Litauen mehr oder minder grüne Regierungsbeteiligungen zu verzeichnen.

3. Die europäischen Reste der kommunistischen Weltbewegung

Wenn wir die Perestrojka an ihrem eigenen Anspruch messen, nämlich einen tragfähigen neuen Typus des demokratischen Staatssozialismus hervorbringen, sind die Fernwirkungen ihres Scheiterns in Westeuropa, oberflächlich betrachtet, auf die kommunistische Parteienfamilie beschränkt geblieben. Zunächst hatten bereits ältere Spaltungen und Neugründungen, die bis in die 50er Jahre zurückreichten (etwa die Tagebuch-Gruppe in Österreich, die Linkssozialisten in Norwegen oder die Sozialistische Volkspartei in Dänemark), aber auch in den 60er Jahren neu eingeleitet wurden (wie bei der Bildung der griechischen KP-Inland) schon unterschiedliche parteipolitische Strukturen hervorgebracht, die sich bereits vor Gorbatschow programmatisch auf die neuen sozialen Bewegungen ihrer Länder bezogen. Später bildeten sich *Groen-Links* in Holland und das postkommunistische Bündnis von *Izquierda Unida* und *Iniciativa per Catalunya* in Spanien.

Die Bildung des heutigen Linksbündnisses *Synaspismos* in Griechenland oder die bündnispolitische Erneuerung der traditionellen Linksparteien in Schweden und Finnland bezogen dagegen wesentliche Anstöße aus der Perestrojka und ihrem Scheitern. Die »euro-kommunistische« britische KP hat sich Anfang der 90er Jahre, als ein wichtiges Moment der Vorbereitung des Durchbruchs von *New Labour*, mit spürbarem Erfolg in der Labour Party aufgelöst.

Die Entwicklung der italienischen Kommunisten zum Linksbündnis der PDS einerseits und zu den *Rifondazione*-Kommunisten andererseits hat ihre Wurzeln schon vor Gorbatschow. Die einstigen »Euro-Kommunisten« haben überwiegend mit der Neugründung der PDS als Volkspartei der demokratischen Linken auf die epochalen Veränderungen im internationalen Kontext wie in der davon nicht ganz ablösbaren Krise der italienischen Nachkriegsrepublik reagiert. Nur eine kleine, in sich heterogene Minderheit – von Traditionskommunisten und neuen Linken – hat den (so weit erfolgreichen) Versuch unternommen, auch in Italien eine parlamentarische Par-

tei der alternativen Linken zu etablieren; deren jüngste Spaltung an der Frage der Regierungsbeteiligung beweist zunächst nichts weiter, als daß eben diese strategische Frage in der europäischen Linken seit etwa 100 Jahren alles andere als ausdiskutiert ist.

Nur in Frankreich, in Dänemark und in Holland ist es radikaleren, z.T. explizit linksradikalen Kräften, die z.T. an trotzkistische Politiktraditionen anknüpfen – bisher gelungen, eine eigenständige wahlpolitische Kraft im parlamentsfähigen Bereich zu konstituieren.

In drei Ländern sind Parteien aus dem postkommunistischen Spektrum in Westeuropa an Regierungskoalitionen beteiligt (I, F, SF); in Schweden sind sie – wie die Grünen – Tolerierungspartner der Sozialdemokratie. Das »Forum der Europäischen Neuen Linken«, das von der Kerngruppe der Fraktion der »Vereinigten Europäischen Linken« im Europäischen Parlament (Izquierda Unida/Iniciativa per Catalunya, Synaspismos, Rifondazione Comunista) getragen wird, bietet einen kontinuierlichen lockeren Diskussionszusammenhang, an dem auch die PDS, die holländische »GroenLinks«-Partei und die Socialistisk Folkepartiet aus Dänemark teilnehmen (die beide auch im grünen Spektrum eine Rolle spielen). In Osteuropa stellen linke Parteien mit postkommunistischer Entstehungsgeschichte die Alternative zu »bürgerlichen«, liberal-konservativen Regierungskoalitionen dar und plädieren inzwischen in der knappen Mehrzahl der Kandidatenländer für einen EU-Beitritt.

4. Die Schranken der heutigen Handlungsfähigkeit der europäischen Linken können nicht durch »Vereinheitlichung« überwunden werden

Es ist nüchtern festzuhalten: Die europäische Linke als ein handlungsfähiges kollektives Subjekt gibt es nicht. Sie hat weder eine gemeinsame politische Tradition, noch ein organisatorisch-institutionelles Dach, noch eine gemeinsame Sprache der theoretischen Selbstverständigung. Ob es eine relevante europäische Linke wieder geben wird, entscheidet sich im nächsten Jahrzehnt, wenn nicht schon in den nächsten Jahren an der Frage, ob es den unterschiedlichen Formationen der europäischen Linken gelingen wird, an der von den europäischen Völkern – durch Streiks und Demonstrationen, aber auch in Abstimmungen und Wahlen – auf die historische Tagesordnung gesetzten Aufgabe zumindest als eine handlungsfähige Konfiguration von Akteurssystemen gemeinsam und grenzübergreifend handlungsfähig zu werden: an der Aufgabe einer demokratischen Aneignung und Umgestaltung der europäischen Integration, deren letzte Entwicklungsphase unter marktradikaler Hegemonie stattfand und in den europäischen Binnenmarkt und den Euro einmündete.

3. Die objektiven Bedingungen: Die Lage nach der neoliberalen Gegenreform

1. Der historische Kontext des Neoliberalismus

Um sich über die Grundzüge der gegenwärtigen Lage klar zu werden, ist eine unter Linken immer noch verbreitete Betrachtungsweise aufzugeben, die die neoliberale und monetaristisch inspirierte Politik der letzten 15-20 Jahre entweder bloß als fehlerhafte wirtschaftspolitische Doktrin oder als einseitig interessengebundene ökonomische Durchsetzungsstrategie begreift. Handlungsrelevant aufklärend wird die kritische Analyse erst, wenn sie begreifbar macht, inwiefern jene – gerade in ihrer Fehlerhaftigkeit und Einseitigkeit – zur hegemonialen Ideologie einer durchschlagenden historischen Veränderung hat werden können, die die in den 60er Jahren fest betonten Strukturen des Fordismus in ihren Grundlagen aufgelöst hat.

Eine derartige nüchtern-realistische Betrachtung ist allerdings das Gegenteil des von den SachwalterInnen und MittlerInnen der neoliberal-konservativen Hegemonie immer noch eingeforderten 'Anpassungsrealismus': Sie nimmt vielmehr die inzwischen zu wirklichen Einbrüchen ausgedehnten Risse und Niederlagen des Projektes der neoliberalen Gegenreform nicht weniger aufmerksam zur Kenntnis als die von diesem bereits irreversibel bewirkten Veränderungen – und sie fragt vor allem nach den *heute* anstehenden Alternativen.

Es ist gegenwärtig offenbar schwierig, die zentrale Frage zu entscheiden, ob sich wirklich im letzten Jahrzehnt schon so etwas wie ein neues säkulares Entwicklungsmodell durchgesetzt hat. Als exemplarische derartige Entwicklungsmodelle begreife ich die drei weltweit Epoche machenden Großkonfigurationen von technologischen und arbeitsorganisatorischen Grundlagen, politischen Regulierungsprozessen und internationalen Mustern von Hierarchie und Arbeitsteilung, die die kapitalistische Produktionsweise in der modernen bürgerlichen Gesellschaft bisher hervorgebracht hat: *erstens* den klassischen »Konkurrenzkapitalismus« der Dampfmaschine unter unangefochtener britischer Hegemonie (bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts), *zweitens* den im Zentrum bereits von Maschinensystemen geprägten klassischen »Imperialismus« unter der Hegemonie eines ungleichen Konzertes von modernen (USA) und traditionellen (Frankreich, England) Nationalstaaten und labilen »Reichen« (Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland) als auf- und absteigenden Weltmächten (bis zum 1. Weltkrieg) und *drittens* den durch Elektrifizierung und Chemisierung, sowie durch tayloristische Arbeitsorganisation bestimmten Fordismus der modernen Wohlfahrtsgesellschaften unter der Hegemonie der USA, dessen weltweite Durchsetzung als Entwicklungsmodell, das insofern auch für die den Realsozialismus galt, durch den 2. Weltkrieg erfolgt ist.

Vielleicht haben wir es in der gegenwärtigen Situation auch eher mit einem unklaren Übergangszustand wie in der Zwischenkriegszeit zu tun, in dem eine Mehrzahl von potentiell hegemonialen Modellen miteinander um die gesicherte Vorherrschaft kämpfen. Neben dem frühen US-Fordismus waren in dieser Ära auch andere Modelle eines demokratisch regulierten kapitalistischen Akkumulationsregimes an der Konkurrenz beteiligt. Deren Spektrum reichte von der Sozialversicherungsgesellschaft der Weimarer Koalition über die englischen, skandinavischen und österreichischen Varianten eines umfassenderen »Wohlfahrtsstaates« bis hin zu den Volksfrontregimes Südeuropas; auch das bolschewistische Modell und der Faschismus machten durchaus ernst zu nehmende Anstrengungen, um nicht nur in Europa zu hegemonialen Modellen zu werden. Charakteristisch für diesen historischen Schwebezustand der Zwischenkriegszeit war es, daß neben einer weitgehend offenen Konkurrenz gesellschaftspolitischer Modelle auch ein in die Zukunft offenes Konkurrenzverhältnis zwischen potentiellen Hegemonialmächten als deren historischen Trägern bestand – immer noch zwischen Großbritannien, Frankreich, den USA, später auch die Sowjetunion in der Nachfolge Rußlands und zunehmend wieder Deutschland.

In einer solchen historischen Übergangssituation, in der die Dominanz der alten Strukturen bereits erschüttert ist, ohne daß sich eine künftig dominante Konfiguration bereits eindeutig abzeichnet, kommt es wesentlich darauf an, immer wieder von Neuem die realen Spielräume jedes einzelnen Handlungsträgers abschätzen zu können. Die ängstliche Überschätzung der Beharrungskraft des vielleicht gestern noch Festen ist dabei nicht weniger gefährlich als die überschwengliche Überschätzung der Veränderungsdynamik, die durch politische Initiativen ausgelöst oder verstärkt werden kann. Die Unterscheidung zwischen den – unbestritten notwendigen – Kompromissen mit der Wirklichkeit einerseits und den – abzuwehrenden – Konzessionen an den konservativ-liberalen 'Zeitgeist' von gestern ist in jeder Situation neu zu treffen.

Auch wenn – nicht nur von links – immer wieder Projektionen gemacht werden, nach denen die weltweite Hegemonie der USA bald an ihren inneren Widersprüchen – oder aufgrund des Aufstiegs konkurrierender Mächte, insbesondere Japans oder der EU – in sich zusammensinken werde, läßt die Wirklichkeit nichts derartiges erkennen. Ganz im Gegenteil haben sich die USA intern erheblich konsolidiert und ihr weltweites Monopol auf Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen einer unipolaren Welt insgesamt sehr erfolgreich neu artikuliert. Auch breiter verankerte Konzepte einer alternativen Gesellschaftspolitik sind in der gegenwärtigen politischen Debatte kaum noch zu finden: Die Alternativvorstellungen der 70er und 80er Jahre sind mit dem Spätfordismus untergegangen, auf den sie reagierten.

Wo sie noch folkloristisch innerhalb der Massenkultur überlebt haben, fungieren sie bestenfalls als leicht zu karikierende Generationsmarotten.

Das Feld, auf dem sich Konkurrenz, Konflikt und Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Linien neuer gesellschaftspolitischer Projekte der Linken entwickeln werden, läßt sich bereits eindeutig umreißen: Es ist die Suche nach sowohl objektiv tragfähigen, als auch subjektiv ansprechenden, zumindest mittelfristig hegemoniefähigen Konkretisierungen der »Ökonomie der abhängigen Arbeit« als ein nicht-ökonomistisches, umfassend gesellschaftspolitisch ansetzendes Projekt, das der Pluralität der Perspektiven und Erfahrungen Raum läßt, ohne den Schlüsselproblemen auszuweichen. Folgende Fragen stehen dabei im Zentrum:

- Was kommt nach der fordistischen Arbeitsgesellschaft: die fragmentierte »Sanduhr-gesellschaft« (Lipietz) der entsolidarisierten »LebensunternehmerInnen« (Beck) oder eine ebenso solidarische wie plurale Neuverfassung des Pols der abhängigen Arbeit?
- Was kommt nach dem produktivistischen Wachstumskonsens zwischen Kapital und Arbeit auf Kosten von Frauen und Umwelt: die volatile Verwertungsgesellschaft des »Kasino-Kapitalismus« (Susan Strange), die Schrumpfungsgesellschaft einiger Radikalökologen oder ein neuer Typus von Wachstum unter dem Primat von Ressourceneffizienz und weltweit gleichem Ressourcenzugang?
- Wie stellt sich in Zukunft die Kohäsion moderner Gesellschaften her: über formalisierte politische Teilhabe der isolierten Individuen in Verbindung mit repressiver Subordination aller Abweichungen und armutspolitischer Versorgung oder über eine plurale demokratische Beteiligung gesellschaftlich und politisch artikulierter, organisierter Interessen, die sich wieder an die individuellen Perspektiven ihrer TrägerInnen zurückgebunden sehen?
- Was kommt nach dem Konzert der Großmächte als Nationalstaaten: die kaum verhüllte Despotie/Anarchie einer einseitig von den USA bestimmten »einen Welt« (als »Ultraimperialismus«), der schrittweise Übergang zu unmittelbar weltstaatlichen und weltgesellschaftlichen Regulationsformen, oder aber die verstärkte Einbindung und Transformation dieser Nationalstaaten in »Mitgliedsstaaten« internationaler Organisationen (von der UNO bis zur WTO) und makroregionaler supranationaler Institutionen (wie der EU)?

2. Die paradoxe Erfüllung der Wünsche der neuen sozialen Bewegungen als Teil der neoliberalen Hegemonie

Um diese Auseinandersetzung von links überhaupt mit Aussicht auf Erfolg führen zu können, bedarf es zumindest einer allgemeineren Einsicht: Der

Prozeß der bisherigen Durchsetzung der neoliberalen Gegenreform hat seine Hegemonie nicht in erster Linie mit militärischer oder ökonomischer Gewalt gewonnen, sondern indem er vor allem die Zustimmung einer breiten und lange Zeit wachsenden Massenbasis organisierte. Dieser für viele Linke schmerzliche Prozeß läßt sich produktiv unter dem Gesichtspunkt der »paradoxen Wunscherfüllung« analysieren, d.h. einer derartigen Erfüllung gerade der zentralen Wünsche der neuen sozialen und identitären Bewegungen der 70er und 80er Jahre, daß sie dadurch zu starken Sprengkräften für eine Spaltung der Bewegungen und zu neuen Instrumenten der Herrschaftsstabilisierung umfunktioniert werden konnten. Allerdings konnte es dabei bisher nicht gelingen, von diesen paradoxen Wunscherfüllungen im Sinne einer 'passiven Revolution', die die Lähmung des ihr Unterworfenen bewirkt, zu einem neuen tragfähigen *sensu commune*, einem geteilten gesellschaftlichen Grundverständnis von unten, überzugehen. Dieser Mangel wird in der Debatte der letzten Jahre in unterschiedlichen Gestalten angesprochen, zumeist in zu diesem Zweck aktualisierten vertragstheoretischen Argumentationsformen – wobei aber die Frage der Richtung der Verständigung und die Frage der dabei durchgesetzten oder aber unterminierten Dominanz aus dem Blick geraten ist. Die Rückkehr in das »fordistische Paradies«, aus dem doch alle herauswollten, die sich in den 60er Jahren in Bewegung setzten, ist zum Glück versperrt. Aber es bleibt eine realistische Hoffnung, das Gewebe der neuen historischen Konfiguration noch einmal von Grund auf umzuweben, während eine demokratisch akzeptable Form der Regulation für die neuen Akkumulationsmuster des sog. 'molekularen Kapitalismus' (Bomomi 1999) gesucht wird. Dabei geht es keineswegs nur um Regierungshandeln, Gesetzgebung und Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern. Alle Formen des gesellschaftlichen Handelns werden hier einschlägig, die die praktischen Orientierungsmuster selbst modifizieren, affirmieren oder kritisch hinterfragen können: Insbesondere die Frage nach Alternativen zur Segmentierung und Passivierung der gesellschaftlich handelnden Individuen und Kollektive bildet den »Proberstein« einer neuen radikal demokratischen Entwicklungsrichtung der Regulationsmuster.

Die Wünsche aller sind im Prozeß der neoliberalen Gegenreform auf paradox Weise erfüllt worden. Die *libertäre Kulturkritik* an der schönen neuen Betonwelt, dem Konformismus und der Arbeitszentriertheit des Nachkriegsfordismus hat ihren innersten Wunsch erfüllt bekommen: Sie hat die verhaßte Welt von »Métro-Boulot-Dodo«⁷ in den 80er und 90er Jahren

7 »Metro-Schlaf-Arbeit.« Dieser Slogan der libertären Linken spricht die Existenzform des Pariser Massenarbeiters an, dessen Leben in der bis in die Vororte reichende U-Bahn, bei der taylorisierten Arbeit und im anschließenden Schlaf der Erschöpfung »draufging«. Die »Auflösung der Fabrik« in molekulare Produktionsmuster beginnt dem in der Tat ein Ende zu machen, aber nur Zyniker können hier von »Befreiung« sprechen.

Jahren zusammenbrechen sehen, zumeist unspektakulär unter der Abrißbirne der Sanierung alter Industrieflächen, gelegentlich aber auch in den Flammen von Vorstadt-Aufständen oder in den Sprengungen unrentabel gewordener Sozialsiedlungen. Die *Ökologiebewegung* kann zwar noch keine Eindämmung oder gar Überwindung der globalen ökologischen Krisenerscheinungen erkennen. Aber zentrale Strukturen, die sie einst dafür verantwortlich gemacht hatte – die Großstrukturen der fordistischen Industrie und die entsprechenden Großorganisationen – sind eindeutig auf dem absteigenden Ast. Allenfalls gibt es noch dinosaurierhafte Reste in einem sich zumindest organisatorisch dezentralisierenden erneuerten Konkurrenzkapitalismus, der auch dort noch 'small is beautiful' zu seiner Devise gemacht hat, wo er zugleich durch Finanzverflechtungen und Produktionsglobalisierung wahre Unternehmensgiganten von planetaren Ausmaßen hervorbringt. Die *Frauenbewegung* kann den Niedergang der patriarchalen Kleinfamilie, mit ihrer zentralen Figur des männlichen Familienernährers, bewundern: Die Hausfrauisierung der Wirtschaft beginnt durchaus auch Männer zu ergreifen, von denen eine wachsende Minderheit nicht weniger prekär, unterbezahlt und 'unterbeschäftigt' werden, als dies die Frauen unter den patriarchalisch geprägten fordistischen Strukturen der lohnabhängigen Kleinfamilie waren. Nicht vergessen sollten wir auch die vielfältigen Ansätze eines radikaldemokratisch und radikalliberal geprägten *Aufbruchs der Mitte*. Seit den 70er Jahren haben diese etwa in Italien in der Zersetzung der politischen Strukturen des fordistischen Staates und ihrer Ersetzung durch eine Richterpolitik ihre Wünsche in Erfüllung gehen sehen, auch wenn sie nicht so korrumpierbar wie die *Partito radicale* waren, die in dieser Entwicklung ihre staatskritischen Bewegungsziele so weit erfüllt sah, daß sie die Gelegenheit ergriff, um sich der individualistisch argumentierenden Rechten (*polo della libertà*) anzuschließen.

Aber auch die unterschiedlichen Wünsche einzelner nationaler und regionaler Bewegungen sind in nicht weniger paradoxer Weise erfüllt worden: Die SpanierInnen, die sich im Zuge der Ablösung des Franquismus durch eine moderne Massendemokratie endlich auch der Fesseln des Zentralstaates entledigen wollten, haben eine Dezentralisierung mit regionaler Autonomie und Konkurrenz bekommen, die zum einen die endgültige Aufsprengung des Zusammenhanges der traditionellen Linken – zuletzt in Gestalt des Schismas zwischen dem traditionalistischeren und zentralspanischeren Teil des Linksbündnisses und dem bewegungsorientierteren und dezentralistischen Teil – zum anderen auch eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit der rechten Mitte unter Einschluß der katalanischen und baskischen Nationalisten mit sich bringt. Oder die Wünsche der ItalienerInnen, die den von Anfang an korrupten Staat der Christdemokratie, der die Kunst des Klientelismus gerade auch auf die korrupte Einbindung potentieller Oppositionskräfte erstreckte, durch einen

sitionskräfte erstreckte, durch einen »historischen Kompromiß« mit der Arbeiterbewegung auf eine neue Grundlage stellen wollten. Nach einem gefährlichen Zwischenspiel, in dem die Neofaschisten nur noch um Zentimeter von der politischen Hegemonie entfernt schienen, mit einem neuen Rechtspopulismus auf der Grundlage des Medienmonopols Berlusconi als Steigbügelhalter, haben sie – inzwischen nicht nur die erste Phase des historischen Kompromisses unter christdemokratischer Führung durchschritten und eine zweite Phase erreicht, in der ehemalige Kommunisten offen und anerkannt die Führung übernommen haben. Aber dies geschah um den Preis eines so weitgehenden Verzichtes auf strukturelle oder gar gesellschaftspolitische Veränderungen, daß die italienische zweite Republik inzwischen als eine Art von Musterschüler der neoliberalen Politikphase gelten kann, in der es Italien gelungen ist, sogar beachtlich innerhalb der internationalen Arbeitsteilung der europäischen Länder aufzusteigen. D.h. um den Preis der Hinnahme einer Verschärfung der ohnehin schon schwer tragbaren regionalen und sozialen Polarisierung der italienischen Gesellschaft und damit neuer desintegrativer und zentrifugaler Tendenzen, die auf Dauer durchaus den staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Oder die Wünsche der BelgierInnen, die die wallonische Hegemonie im Zentralstaat und die klientelistische Korruption der katholischen oder sozialdemokratischen Großorganisationen der Arbeiterbewegung in der Tat überwunden haben. Aber dies geschah um den Preis eines fast bewegungsunfähig gewordenen föderalen politischen Systems, das die Weiterexistenz des belgischen Gesamtstaats zur taktischen Verhandlungsmasse kurzfristiger Wahlkalküle gemacht hat. Durch dieses System, das in elementaren Staatsfunktionen versagt und alle gesellschaftspolitische Initiativen weiterhin in klientelistischen Kompromissen erstickt, weht gegenwärtig der Wind einer schwachen Hoffnung auf demokratische Erneuerung von unten durch eine 'antipolitische' »weiße Bewegung« oder durch sich erneuernde grüne Parteien. In Großbritannien wurden die Wünsche nach »empowerment« und »lokaler Politik« in ebenso paradoxer Weise erfüllt: durch eine Politik der »Eigenverantwortung«, die an die Stelle sozialer Sicherungssysteme treten soll, bis hin zur Ersetzung von »Wohlfahrtsleistungen« durch Arbeitszwang (»workfare«), sowie durch eine Politik der lokalen und regionalen Zwangsabkoppelung, der die armen Gemeinden und Regionen, abgelöst von jeder solidarischen Hilfe aus dem in sich noch einmal dezentralisierten London und den reicheren Regionen des Südwestens, zu einer Politik der verzweifelten Armutselbsthilfe zwingt. Die Schotten und Waliser werden noch die Erfahrung machen, wie paradox in diesem Sinne die Erfüllung ihrer Wünsche nach »Selbstverwaltung«, nach »devolution«, sein wird. Die skandinavischen Länder erleben gegenwärtig eine nicht weniger paradoxe Erfüllung ihrer Wünsche nach europäischer

Weltoffenheit in Form der Öffnung für den europäischen Binnenmarkt und nach größerer individueller Freiheit im »Volksheim« des skandinavischen Wohlfahrtsstaates, die die Form der Reduktion auf ein in der verschärften Standortkonkurrenz innerhalb des neuen europäischen Wettbewerbsraumes durchzuhaltendes Mindestmaß annimmt. In vergleichbarer Weise haben die Französinen und Franzosen die Erfahrung machen müssen, daß die demokratische Aneignung der Strukturen der V. Republik durch Neuwahl der AmtsträgerInnen auch auf der Linken unbestreitbar Monster gebar und daß der linke Aufbruch der 80er Jahre, vermittelt über Mitterands Kurswechsel von 1983, zu einem neoliberal geprägten Modernisierungsschub der französischen Gesellschaft führte. Die neue Polarisierung der »Sanduhr-gesellschaft« (Lipietz 1997) fragmentierte und verunsicherte traditionelle politische Identitäten, bedrohte zugleich wachsende Teile der Gesellschaft mit Ausgrenzung und Armut, und konnte daher keineswegs neue politische Subjekte, wie die »beurs« oder genereller die junge Generation, besonders die jungen Frauen, wirklich nachhaltig einbinden. Die neue Rechte der »Front national« bleibt trotz aller internen Definitionsprobleme um so mehr eine akute gesellschaftspolitische Gefahr, als das Projekt der »pluralen Linken« schwer zu konkretisieren und durchzusetzen bleibt. Wir sollten auch die Deutschen nicht vergessen, deren Wünsche nach Lösung der »deutschen Frage« und nach einem »Platz an der Sonne« in der Tat erfüllt wurden: um den Preis tiefer Wunden in der sozialen Kohäsion und einer zutiefst verunsicherten politischen Kultur, deren demokratische Entschlossenheit zwar unbestreitbar vorhanden ist, deren Dauerhaftigkeit und deren Fähigkeit zur demokratischen Lösung gesellschaftspolitischer Gestaltungsaufgaben sich erst noch bewähren müssen.

2. *Der Stand der Dinge: 'Niederländisches Modell'; Olivenbaum-Bündnis, New Labour, Plurale Linke und Rot-grün*

Die europäischen Völker haben auf die Paradoxien der Wunscherfüllungen durch die neoliberale Gegenreform bei aller Unterschiedlichkeit durchaus kritisch und kreativ reagiert. Eine Neuzusammensetzung der Linken im parlamentarisch-politischen Raum korrespondiert dabei mit unterschiedlichen Formen einer Einbeziehung gesellschaftlicher Organisationen in die Definition gesamtgesellschaftlicher Politikprojekte, die an korporatistische Politikformen anknüpfen, sowie mit unterschiedlichen programmatischen Grundorientierungen. Von der »pluralen Linken« über einen neu gefaßten »Dritten Weg« bis hin zu einer Politik der »Neuen Mitte« reichen die für diese Reaktionen gefundenen Beschreibungs- und zugleich Artikulationsformen. Sie sind genauer zu betrachten, bevor wir uns zu Thesen vorwagen können, in welche Richtung es von hier aus nach vorne geht.

a) Das Modell der Kleinen: Niederlande, Dänemark

Die Reformmodelle der »Kleinen« (Niederlande, Dänemark) haben das gemeinsame Charakteristikum der strategischen Anpassung an eine nur begrenzt durch eigenes Handeln veränderbare Lage. Sie sind daher auch wegen ihres aus der Perspektive der abhängigen Arbeit stark defensiven Grundzugs kritisiert worden. Immerhin hat aber etwa das holländische »Polder-Modell« der konzertierten gemeinsamen Anstrengung für gemeinsam definierte Ziele seit der Vereinbarung von Wassenaar nicht nur die holländische Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Es hat durchaus, wenn auch um den Preis einer eher autoritären Beratungslenkung, die Integration der jungen Generation in das Erwerbsleben spürbar verbessert und das Phänomen der sozialen Ausgrenzung durch Langzeitarbeitslosigkeit und Verarbeitung erkennbar zurückgedrängt. Die Rolle korporativer Institutionen und indirekt der Gewerkschaften wurde in diesem Prozeß zumindest nicht weiter geschwächt und die solidarische Handlungsfähigkeit über die Generationsgrenzen hinweg verbessert. Selbst die sonst überall zu konstatierende verstärkte Abdrängung gerade der weiblichen Arbeitskräfte in die neuen Formen prekärer Arbeit konnte etwas gemildert werden, wenn wir den relativ hohen (!) Anteil von 16% teilzeitarbeitenden Männern als Indikator dafür nehmen. Die erkennbaren Schwächen in Richtung auf eine Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, anstelle einer bloßen Umverteilung der ohnehin bestehenden, sind sicherlich z.T. mit der Position der Niederlande in der europäischen Arbeitsteilung begründet, z.T. aber auch dem begrenzten gesellschaftspolitischen Horizont der »violetten« Koalition aus Sozialdemokraten, Links- und Rechtsliberalen zu verdanken, die gesellschaftspolitisch eine starke Bereitschaft zum Mittragen neoliberal begründeter Verwertungsansprüche der Privatwirtschaft mit eher traditionellen Erwartungen der industriellen Facharbeiter und der verschiedenen Formen des Kleinbürgertums verknüpfen. Was in den Niederlanden der informelle Transfer von der Eltern- zu der Kindergeneration als bisher funktionierende Absicherung gegen das im »Capuccino«-Modell⁸ der sozialen Sicherung eingebauten Verarmungsrisiko bedeutet, das leistet in Dänemark die Finanzierung des Sozial- und des Bildungssystems aus den indirekten Steuern: Da praktisch alle dazu beitragen, führt eine Verdünnung des Netzes und eine damit verbundene Absenkung des Sicherungsniveaus nicht zum Einbrechen und zum sozialen Abstieg ganzer Sektoren der Bevölkerung. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung hätte auch Schwierig-

8 Kaffee gibt es für alle (Grundabsicherung durch die Sozialversicherung), Sahne für diejenigen, die eine zusätzliche Sicherung erworben haben (betriebliche Zusatzversicherung), die Kakao-Streusel obendrauf bezahlt der/die einzelne privat (private Versicherungen).

keiten, ihren linkssozialdemokratischen Tolerierungspartner *Socialistisk Folkeparti* für derartige Vorstöße zu gewinnen. Derselbe Faktor hat aber zu einer Aufwertung des Nationalen in Dänemark beigetragen, von der nationalpopulistische Kräfte der Rechten begrenzt zu profitieren scheinen.

b) Italien: Die Politik des Olivenbaum-Bündnisses

In Italien, dessen Akkumulationsmodell sich im letzten Jahrzehnt relativ erfolgreich im Mittelfeld zwischen dem stark neotayloristisch und konkurrenzorientierten angelsächsischem Typus Großbritanniens und dem eher noch sozialstaatlich eingebundenen kontinentalen Neotaylorismus Frankreichs neu strukturiert hatte,⁹ fällt der gesellschaftspolitische Suchprozeß nach einem neuen Regulationsmuster zusammen mit der katastrophenförmigen Krise der italienischen Nachkriegsrepublik, insbesondere ihres zentralen Trägers der klientelistischen Christdemokratie. Nach dem Zusammenbruch der alten Regierungsparteien der italienischen Nachkriegsrepublik, der Christdemokraten, der Sozialisten und der Republikaner, und einem ersten Pendelschlag nach rechts, der immerhin zum ersten Mal eine postfaschistische Partei in Westeuropa zum Regierungspartner gemacht hat, gelang es dem sehr breiten Mitte-Links-Bündnis unter dem Zeichen des Olivenbaumes, dem von den erneuerungsbereiten Kräften der christdemokratischen Mitte über die Grünen bis zur PDS praktisch ein ganzer »Verfassungsbogen« angehört, die politische Restabilisierung so weit mit einer ökonomischen Restabilisierung zu verbinden, daß ihr nicht nur der punktgenaue Beitritt zur Euro-Zone gelang, sondern auch der Übergang von einer inneren Struktur nach dem Modell der ursprünglichen Konzeption des historischen Kompromisses (in dem die Führung bei dem Ex-Christdemokraten Prodi lag, während der stärkste politische und gesellschaftliche Träger der Regierung die aus der KP hervorgegangene PDS war) zu einer expliziten Führung des sogar noch erweiterten Bündnisses durch den aus der KP hervorgegangenen Ministerpräsidenten D'Alema. Die Restabilisierung der italienischen Republik und die erfolgreiche Aufholjagd der italienischen Ökonomie verdecken aber die bisher ungelösten Probleme der in der Tat »molekularisierten« Arbeitsverhältnisse und der verfestigten regionalen Disparitäten in Italien, auf deren Grundlage sich eine zunehmende ethnische und geschlechterbezogene Entsolidarisierung und ein regionaler Wohlstandschauvinismus bedrohlich entwickeln.

c) Die Politik der französischen Pluralen Linken

Der europäische Hegemonieanspruch der französischen »pluralen Linken« bricht sich auf der ökonomischen Ebene vor allem an der primär neotaylor-

9 Ich adaptiere hier das Schema von Lipietz (vgl. Leborgne/Lipietz 1996, 700).

ristischen Richtung, in die sich – als dessen immer noch sozialstaatlich eingebundene kontinentale Variante – das der französischen Ökonomie zugrundeliegende Akkumulationsmodell entwickelt hatte. Aber auch die Schwäche der mittleren Einkommenschichten, die relative Ethnisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Vorstädten und die Fixierung auf ein subalternes Modernisierungsmodell des »High-Tech-von-gestern« (Atomenergie, Raumfahrt, Militär-industrieller Komplex) schränken die Reformansätze der Linksregierung in Frankreich nicht weniger ein als das insgesamt trotz aller Verschiebungen recht restriktive gesellschaftspolitische Umfeld im EU-Raum. Der rot-grüne Wahlsieg in Deutschland hat hier immerhin einen so weitgehenden Hoffnungsschub bewirkt, daß keine unmittelbaren Erstickungserscheinungen mehr zu befürchten sind. Daß sich die *Front National* trotz ihrer gegenwärtigen Wachstumskrise auf dem Weg zu einer womöglich hegemoniefähigen Rechtsformation befindet, läßt aber erkennen, daß sich die französische Gesellschaft nach einem Scheitern der immer noch sehr vorsichtigen gesellschaftspolitischen Neuansätze der pluralen Linken auch in eine ganz andere Richtung wenden könnte.

d) New Labours Dritter Weg

Demgegenüber war der Anspruch von *New Labour*, europaweit Epoche zu machen, bisher wenig tragfähig. Nach einer EU-Präsidentschaft, in der der ursprünglich verkündete britische Führungsanspruch auf dem Weg zu einem »Dritten Weg« zwischen dem traditionellen europäischen Sozialstaat und der neoliberalen Verschärfung des US-Modells rasch leiseren Tönen Platz machen mußte, stieß New Labour unter Blair inzwischen auch innerhalb Großbritanniens an die Grenzen einer bloßen Diskurspolitik. Der Versuch, Jugendarbeitslosigkeit nach dem Vorbild der USA primär durch »workfare« – durch eine Verknüpfung von Wohlfahrtsleistungen mit Arbeitszwang – zu bekämpfen, konnte in einer ersten Phase nur dadurch überhaupt anlaufen, daß Blair dies mit einem öffentlich finanzierten Beschäftigungsprogramm für Jugendliche verknüpfte, das ganz klassisch sozialdemokratisch neue Arbeitsplätze subventionierte. Der Versuch, die »alleinerziehenden Mütter« als Sozialschmarotzerinnen zu stigmatisieren und einem verschärften »workfare«-Programm zu unterwerfen, konnte anscheinend nur deswegen die zunächst heftige gewerkschaftliche und innerparteiliche Opposition überwinden, indem er an den männlichen Chauvinismus der durch die in England extrem weit vorangetriebene Molekularisierung der Arbeitsverhältnisse nicht nur im psychologischen Sinne verunsicherten männlichen qualifizierten Arbeitnehmer appellierte. Mit dem zentralen verfassungspolitischen Neuansatz – der verstärkten regionalen Autonomie – hat Blair in der Tat Großbritannien verändert. Doch der Friedensprozeß in Nordirland und die »devolution« von Schottland und Wales haben kein

Wasser auf die Mühlen von Labour leiten können, sondern eher die Position der linksnationalistischen und linksalternativen Regionalparteien *Scottish National Party* und *Plaid Cymru* gestärkt. Dies kann unabsehbare Rückwirkungen auf das durch den perspektivisch angestrebten Übergang zum Verhältniswahlrecht ohnehin in seinen Grundlagen erschütterte britische Parteiensystem und den immer noch ohne eine geschriebene Verfassung operierenden britischen Staat haben. Wahrscheinlich wird Blair zwar kurzfristig insofern politisch Recht bekommen, als die von ihm geführte *New Labour* die mit Abstand stärkste Kraft bleiben wird. Aber die Herausbildung einer neuen parteipolitischen Konfiguration links von *New Labour* über die genannten Regionalparteien hinaus, die gegenwärtig noch dadurch behindert wird, daß immer noch der Sektengeist von wahlpolitisch fast völlig aussichtslos agierenden Gruppen lebendig ist, wird auf Dauer auch innerhalb der *Labour Party* anderen Bündnisoptionen als der von Blairs *New Labour* Raum und Gewicht verschaffen.

Das Scheitern von Peter Mandelson in Großbritannien ist vor diesem Hintergrund nicht weniger bedeutungsgeladen als vorher das politische Aus für Newt Gingrich in den USA: Der Rücktritt des neoliberalen Kontinuitätsgaranten innerhalb des innersten Kreises von *New Labour* im Dezember '98 zeigt immerhin an, daß *New Labours* Bemühungen um Kontinuität in der Durchsetzung der wohlverstandenen Interessen der *Business Community* an Grenzen zu stoßen beginnt. Zuvor hatte Newt Gingrichs Abtreten demonstriert, wie sehr die US-Version der »konservativen Revolution« inzwischen an Schwung und potentieller Massenbasis verloren hat. Die Skandalwelle, von der die *Labour*-Regierung neuerdings gebeutelt wird, zeigt an, wie sehr das eigentümliche Wahlbündnis von Finanzkapital, neuen Mittelschichten und einer neuen Art von ArbeitnehmerInnen-Aristokratie, das Blair an die Macht gebracht hatte, sich an nicht mehr zu verkleisternden Interessengegensätzen zu zerlegen beginnt. Die große Frage bleibt aber noch offen, ob und wann in Großbritannien politische Kräfte auftreten werden, denen es gelingen kann, diese Art von neuen Bruchlinien und Widersprüchen für eine linke Korrektur des Blairschen Projektes einer neoliberalen Standortpolitik mit menschlichem Antlitz zu nutzen.

e) Die europapolitische Verantwortung von Rot-grün in der BRD

Hätte Helmut Kohl in Deutschland die Bundestagswahlen noch einmal gewonnen, so wäre der europäische Neuanfang, der jetzt immerhin möglich ist, aller Wahrscheinlichkeit nach noch einmal so lange hinausgeschoben worden, daß er in dieser Form nicht mehr hätte gelingen können. Daraus ergibt sich im Umkehrschluß eine politische Verantwortung der rot-grünen Regierung innerhalb der EU, die weit über die gegenwärtige EU-Präsidentschaft hinausgeht: In ihrer Hand liegt es, die Reformansätze der »Kleinen«

nicht etwa in ihrer Beschränktheit zu kopieren, wie dies ein beträchtlicher Teil der einschlägigen Publizistik propagiert, sondern sie gerade über ihre Beschränktheit aufgrund ihrer Größenordnung hinauszuführen, im Sinne eines europäischen Polder-Modells, das die gemeinschaftliche Lösung der anstehenden Hauptfragen zum Gegenstand gemeinsamer produktiver Auseinandersetzungen und Einigungsprozesse macht. Aus der italienischen Erfahrung wird aufmerksam der Impuls zu einer ausgehandelten Neuerfaßtheit der politischen Institutionen und Prozesse als Grundlage ihrer durchgreifenden parlamentarischen und rechtlichen Kontrolle aufzugreifen sein. Die gesellschaftspolitische Direktheit, mit der in Frankreich und Italien exemplarisch die Aufgabe der Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung in Angriff genommen worden ist, muß auch für Deutschland und andere europäische Länder zum produktiven Anstoß werden, wenn die Wirksamkeit dieser Politik voll zum Tragen kommen soll. Die schwachen Ansätze in Deutschland, aber auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten, nachdrückliche Schritte in Richtung auf ein nachhaltiges Entwicklungsmodell zu unternehmen, wie es schon das X. Kapitel des Delors-Weißbuchs von 1993 eingefordert hatte, müssen endlich koordiniert, steuerpolitisch flankiert und industriepolitisch verstärkt werden: als zentrale Gegenstände sowohl des geplanten »Europäischen Beschäftigungspaktes« als auch der sich in vagen Umrissen inzwischen abzeichnenden »Europäischen Wirtschaftsregierung«. In allen diesen Punkten geht es nicht nur – vielleicht nicht einmal primär – um die immer noch schwache Ebene der EU-Gemeinschaftspolitik, sondern vor allem um ein koordiniertes und konvergentes gesellschaftspolitisches Handeln der Mitgliedsstaaten im Sinne eines pluralen, aber kompatiblen Mehrebenen-Konzeptes. Dazu kann die Bundesrepublik durch ihr eigenes gesellschaftspolitisches Handeln im Inneren einen mindestens so wichtigen Beitrag leisten wie durch ihre die deutsche Präsidentschaft überdauernde Moderatorenrolle. Ein erster Schritt hierzu wäre es, wenn die rot-grüne Regierung sich explizit zu dem Bekenntnis durchringen könnte, daß die von ihr angestrebten gesellschaftspolitischen Reformen einen ganz anderen Inhalt haben als die in den vergangenen 20 Jahren publizistisch als überfällig eingehämmerten marktradikalen »Reformen« nach dem Modell der neoliberal idealisierten USA.

4. Anforderungen an ein neues Regulationsmodell

Ein realitätstüchtiges – angemessen auf die neuen Akkumulationsmuster reagierendes Regulationsmodell – wird einerseits das neue »Rationalisierungsideal« erfüllen müssen, auf das hin die technologischen Möglichkeiten, wie sie vor allem die IuK-Technologien eröffnen, mit den neuen Organisationsmodellen konvergieren: die richtig qualifizierte Arbeitskraft immer genau

dann »at the point of production« voll gegenwärtig und fehlerfrei tätig zu haben, wenn Produktionsabläufe und Marktprozesse dies erfordern, und zugleich die Bereitstellungskosten dieser Arbeitskraft zu minimieren. Andererseits darf dies die Interessendurchsetzungschance der einzelnen ArbeitnehmerInnen, gerade der bisher »atypischen«, und die Macht ihrer kollektiven Interessenorganisationen nicht weiter schwächen. Ganz im Gegenteil muß es ihnen neue Durchsetzungsperspektiven eröffnen, also Formen der Kommunikation, Handlungsmuster und Organisationsmodelle bereitstellen, in denen eine solidarische Durchsetzung gemeinsamer Interessen möglich wird. Angesichts der heute geläufigen Umsetzungsformen von »computer-aided-production« und »lean management« klingt dies wie die Quadratur des Kreises. Für den engeren Bereich der Arbeitszeitgestaltung liegen inzwischen exemplarische Konzepte einer Verbindung von Individualisierung und Wiedergewinnung kollektiver Handlungsfähigkeit vor, an denen sich auch Lösungen dieser umfassenderen gesellschaftspolitischen Aufgabe orientieren könnten: individuelle »Zeitsouveränität« (Teriet) und tarifvertragliche Modelle der Teilzeitarbeit (Kurz-Scherf) sind durchaus kombinierbar, indem sie aus der Einbeziehung individueller lebensphasen- oder geschlechtsrollenspezifischer Bedürfnisse neue und zusätzliche Kraft für eine gemeinsame Interessenvertretung gewinnen.

Derartige Neukombinationen von individuellen Perspektiven und praktischer Interessenorganisation wird sich nicht auf tarifpolitische Auseinandersetzungen beschränken. Sie wird auch auf neue Formen der gesetzlichen Regelung setzen, im Sinne einer »pluralen Normalisierung«, die keine dominante Lebensweise vorgibt, wie dies die am Modell des männlichen Familienernährers ausgerichtete klassische »Normalarbeit« getan hat, sondern sie eröffnet eine Auswahl bzw. unterschiedliche Kombinationen zwischen verschiedenen Lebensentwürfen.

Aus der Perspektive des Kapitals betrachtet, würde es bei dieser »pluralen Normalisierung« – insoweit durchaus in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Grundmuster des historischen Kampfes der Arbeiterbewegung für den »Normalarbeitstag« – darum gehen, neue Dimensionen der Kapitalentwicklung zu erschließen, während das Interesse der »abhängigen Arbeit« in allen ihren inzwischen ausdifferenzierten Formen darin liegt, zugleich deren demokratische Regulation unter »vollem Stimmrecht« aller Segmente dieser fragmentierten abhängigen Arbeit durchzusetzen. Dabei wird das konkrete Verhältnis dieser Segmente zueinander und zu den öffentlichen Einrichtungen des demokratischen Prozesses selbst erst noch konkret zu entwerfen sein, um die neuen Bedürfnissen etwa nach ökologischer Nachhaltigkeit, nach Kinderfreundlichkeit, an individueller Variabilität, nach Fehlerfreundlichkeit usw. wirksam einbringen und gegen die Verwertungsinteressen des Kapitals durchsetzen zu können.

4. Europäische Durchsetzungsstrategien und die daraus sich ergebenden Anforderungen an die europäische Linke

Die Neuzusammensetzung der abhängigen Arbeit im Kampf für eine neue »Verfaßtheit« des Austauschprozesses zwischen Kapital und Arbeit wird nicht mehr technisch (Fließband) oder objektiv-organisatorisch (Betrieb) bestimmt sein, sondern auf einer unmittelbarer politischen Ebene erfolgen müssen, die eher an die gesellschaftlichen Kämpfe für die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts erinnert, als an traditionelle gewerkschaftliche Kämpfe um Lohn und Arbeitsbedingungen. Worum es geht, ist in vielen unterschiedlichen Brechungen immer wieder die gesellschaftspolitische Frage der »Einbettung«, der räumlichen und zeitlichen »Verankerung« des Wirtschaftens in die außerökonomischen Erfordernisse der in Raum und Zeit situierten lebendigen menschlichen Gesellschaften. Die sich ausbreitende Ethnisierung und Feminisierung von abhängiger Arbeit (nicht nur in Silicon Valley, vgl. Lüthje 1998) verweisen dabei *ex negativo* auf denselben Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung, natürlichen Reproduktionsvoraussetzungen und Geschlechter-, Generationen- und Identifizierungsverhältnissen¹⁰. Eine solche neue »Verfaßtheit der abhängigen Arbeit« – die gleichsam ihr »volles Stimmrecht« unter den komplexer differenzierten Verhältnissen wiederherstellt – geht notwendigerweise weit über die gegenwärtigen Grenzen des Arbeits- und Arbeitskämpfrechts hinaus. Im Kern geht es um die Neubestimmung der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit und der institutionellen Abgrenzung des kapitalistischen Unternehmens¹¹, sowie der Neubestimmung seines »counterparts« am Pol der abhängigen Arbeit.

Politische Erneuerungsansätze und Initiativen im Dienste von Emanzipation und Aufklärung haben sich im Zuge der letzten 20 Jahre offenbar mit der Entwicklung der Politikprozesse unter dem Druck der neoliberalen Transformationen, Verschiebungen und Neubegrenzungen des Politischen weiterentwickeln müssen – noch erheblich über die mit dem historischen Durchbruch der neuen sozialen Bewegungen verknüpften tiefgreifenden Erneuerungen der Formen politischer Praxis (vgl. Lahusen 1994) hinaus. Die Politik »nach Väterart« ist demgegenüber nicht nur für die wirklich

10 Ohne die von Hobsbawm u.a. vorgetragene Kritik an »identity politics« zu teilen, halte ich es jedoch für unbestreitbar, daß Identitätspolitik auf die Reproduktion spezifischer kultureller Verhältnisse zielt, in denen menschliche Individuen ihre Identität gewinnen und artikulieren können, wodurch sie andere, vor allem interessenbezogene Orientierungsaufgaben nicht gleichsam mit erledigen. Gegen Hobsbawm sehe ich darin allerdings eine notwendige zusätzliche Dimension politischer Praxis, die nicht durch eine bessere Interessenpolitik ersetzt werden könnte.

11 Hierher gehören dann auch solche neueren Entwicklungen wie die zivilrechtliche Inanspruchnahme der Tabakindustrie für die Gesundheitsschäden des Rauchens oder die der deutschen Großbanken und Industrie für ihre historische Komplizität mit dem Holocaust.

zeitgenössischen Subjekte »langweilig«, sie bleibt auch hinter den taktischen und strategischen Herausforderungen gegenwärtiger Politik im paradoxalen Raum (vgl. Pecheux 1983) repräsentativer Demokratien zurück. Diese Herausforderungen zur Kenntnis zu nehmen, ist eine Vorbedingung jeder realitätstüchtigen Strategiebildung. Die gegenwärtige Politik steht unter den Bedingungen des schon lange durchgesetzten allgemeinen Wahlrechtes für abhängig Arbeitende und für Frauen, repräsentativer, parteienoligarchisch strukturierter Politikformen, einer industriell reproduzierten medialen Öffentlichkeit, eines Mehrebenengeflechtes institutioneller und bürgergesellschaftlicher Politikprozesse und einer 'neuen Unübersichtlichkeit' der Interessendefinitionen. Die darin liegenden Schwierigkeiten lassen sich jedenfalls nicht dadurch angehen, daß diese Entwicklungen negiert werden und die Wiederherstellung der älteren Formen vorangehender Perioden als Gegenmittel postuliert wird. Die 'Massenaktion' oder der 'Massenstreik' ist heute als Heilmittel gegen den 'parlamentarischen Kretinismus', der sich selbst tiefgreifend verändert hat, ganz unbrauchbar geworden. Wie demgegenüber ein adäquateres Gegenmittel aussähe, hat die Strategiedebatten der Linken zumeist nicht interessiert.

Positiv läßt sich die These formulieren, daß zwar die begrenzte Fähigkeit zur Reaktivierung von Politikformen vergangener Entwicklungsstufen immer eine Quelle von Durchsetzungsfähigkeit in der Politik bildet, daß aber die zentrale Stärke einer Politik jeweils auf der in der jeweiligen Phase im Vordergrund stehenden Politikebene liegt. Das bedeutet in einer parlamentarischen Phase eines gesellschaftspolitischen Impulses vor allem solche Fähigkeiten wie die, demokratische Wahlen zu gewinnen, im Parlament erfolgreich aufzutreten oder mit einer parlamentarischen Mehrheit wirksam zu regieren. Die relative Teleologie ist nicht zu bestreiten, die etwa in der Entwicklung eines gesellschaftspolitischen Impulses von der begrenzten Regelverletzung über die Basisinitiative und die Massendemonstration bis hin zur erfolgreichen Formierung einer parlamentarischen Wahlpartei und zur praktisch unter Beweis gestellten Regierungsfähigkeit liegt. Demgemäß müssen die Linken auch einsehen, daß gegen 'parlamentarischen Kretinismus' jedenfalls nicht unmittelbar die Masseninitiative helfen kann, sondern nur so etwas wie 'parlamentarische Intelligenz', die sich wiederum selbst zu außerparlamentarischen Initiativen und zum Handeln einer von einer parlamentarischen Mehrheit getragenen Regierung ins Verhältnis setzen muß. Zu dieser spezifischen, 'parlamentarischen' Intelligenz verhilft eben noch nicht der Nachweis allgemeiner politischer Intelligenz auf anderen, gleichsam vorgelagerten Politikebenen.

Das Problem einer 'radikalen Regierungsfähigkeit' ist daher in der entsprechenden Entwicklungsphase eines Bewegungsimpulses nicht weniger real und unabweisbar als zuvor das einer radikalen Regelverletzungs- oder das

einer radikalen Massenmobilisierungsfähigkeit. Im Unterschied zu den unhistorischen Vorstellungen von Michels vom »ehernen Gesetz der Parteienoligarchie« ist aber auch zu beachten, wie sich mit der sozialen Differenzierung und Individualisierung eine Pluralisierung der 'radikal zeitgenössischen' und situativ wirksamen politischen Formen vollzieht. So können wir zwar vielleicht noch typisierend für den Zyklus der alten Arbeiterbewegung davon sprechen, daß auf eine Bewegungsphase die Phase der Parteiwerdung gefolgt sei, in der die Partei als »neuer Fürst« alle älteren Formen unter sich subsumierte, dies ist aber für den in den 60er Jahren beginnenden Zyklus der neuen sozialen Bewegungen nicht der Fall, in dem parallele Transformationsprozesse von Basisinitiativen und Massenaktionen zu Parlamentsparteien und etablierten NROs führten. Insofern sind auch alle Typisierungen problematisch, die etwa schematisch auf die Protestpartei die Bewegungspartei, die Programmpartei, die Konzeptpartei und die Gestaltungspartei folgen lassen. Dabei wird übersehen, wie sich mit den neuen Anforderungen neu »erklimmender« Politikebene zugleich spezifisch Nachfolgeaufgaben auf den vorgelagerten staatlichen und bürgergesellschaftlichen Ebenen und in parallelen (NROs) bzw. konkurrierenden (politische Bewegungen) Strukturen ergeben, die ebenso wenig vernachlässigt werden dürfen, wenn eine Politik nachhaltige Erfolge erzielen soll.

Das in Frankreich entworfene Konzept einer »pluralen Linken« erscheint in diesem Zusammenhang unter der einen Bedingung als in ganz Europa tragfähig, daß es auf sich selbst angewandt wird. D.h. es kann weder darum gehen, die Rolle des Staates und der Parteien in Frankreich, noch diese spezifische Parteienkonfiguration von Sozialdemokraten, Postkommunisten, Grünen, Linksnationalisten und Radikalliberalen in andere Konstellationen zu exportieren. Die postulierte Pluralität muß sich vielmehr auch auf das Verhältnis von Parteien, gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen, sowie auf die Parteienkoalitionen oder innerparteilichen Bündnisse beziehen. Kriterium des Zusammenhandelns dieser pluralen Linken kann allein die wirkliche Bewegung sein, die ihm zugrundeliegt, und der nachhaltige Veränderungseffekt, den es bewirken kann.

Mit diesem Grundkonzept einer pluralen Linken, die die Verfaßtheit der abhängigen Arbeit und damit auch der kapitalistischen Unternehmen in Europa zum gesellschaftspolitischen Thema macht, kann von links sowohl auf die entstandene Lage als auch auf die inzwischen aufgebaute, bisher nur gleichsam ins Stolpern geratene Hegemonialposition neoliberal geprägter Denksätze realitätstüchtig und aussichtsreich reagiert werden.

Die neuen Verhältnisse, die sich bei aller historischen Unterbestimmtheit in Grundzügen, deutlich abzeichnen, sind erst z.T. überhaupt als solche begriffen, geschweige denn, daß schon tragfähige Alternativkonzepte entwickelt worden wären. In dieser Situation liegt der strategische Fehler nahe,

die verschiedenen Segmente der europäischen Linken vor allem im Hinblick auf ihre radikale Ungleichzeitigkeit zu betrachten. Denn Stoff dafür gäbe es reichlich, innerhalb einer ganzen Milchstraße von Traditionssträngen, in denen jedes Gefühl dafür verlorengegangen zu sein scheint, welcher Zeitepoche die spezifischen Bäume angehören, deren Verbellen sich die unterschiedlichen Fragmente der europäischen Linken jeweils zu ihrem besonderen Anliegen gemacht haben. Der traurige Witz dieser Betrachtungsweise liegt allerdings darin, daß sie vor allem dazu führen würde, die Splitter in den Augen der anderen deutlich sichtbar hervortreten zu lassen, nicht aber die Balken in den eigenen. Denn eine Traditionslinie der Linken, die als solche bereits beanspruchen kann, radikal zeitgenössisch zu sein, gibt es seit dem Epochenbruch der 90er Jahre nicht mehr. Die Neue Linke der 60er und 70er Jahre hat mit der bis zum weitgehenden Zusammenbruch ihrer alten programmatischen Grundlagen reichenden Krise der beiden konkurrierenden Formen der alten Linken, in ihrer kommunistischen oder in ihrer sozialdemokratischen Gestalt, selbst das Grundelement verloren, das ihr spezifisches Profil garantierte. Die alternative Linke vor allem der 70er und 80er Jahre stellt sich im Rückblick ebenfalls als grundlegend auf die »etablierte Linke« angewiesen heraus, die es inzwischen aber so nicht mehr gibt. Verschiedene Erneuerungsversuche der historischen Linken, seit dem Warschauer und Prager Frühling bis hin zur offen diskutierten »Krise des Marxismus« im Kontext des 'Eurokommunismus', sind zumindest vorläufig gescheitert. Die Versuche, im Ausgang vor allem von ökologischer und feministischer Bewegungspolitik das 'alte Spannungsverhältnis von links und rechts' hinter sich zu lassen, haben (wieder einmal) ein theoretisches Trümmerfeld und einige politische Parteien hinterlassen, die inzwischen dem Feld der alternativen Linken eine tagespolitisch wirksame Präsenz verleihen.

Die europäischen Linken sind heute gehalten, eine neue Überbrückungsleistung zu vollbringen, untereinander ebenso wie hin zu neuen sozialen Kategorien des »politischen Publikums«, das es zu aktivieren gilt, und zugleich sich diesen historischen Erfahrungen des Scheiterns zu stellen. Die reale Entwicklung der europäischen Tagespolitik, vom Binnenmarkt über den Euro bis zur europäischen Beschäftigungspolitik und der Osterweiterung der EU, läßt der europäischen Linken keine andere Wahl, als sich selbst neu zu definieren, indem sie zugleich neue Formen und Inhalte einer grenzübergreifenden kollektiven Handlungsfähigkeit (er-)findet.

Fünf von den Handelnden zu fordernde Einsichten dürften zumindest die Eintrittsbedingungen für eine Entwicklung in Richtung auf eine hinreichende gemeinsame Handlungsfähigkeit der europäischen Linken umreißen:

Erstens die Einsicht, daß die Niederlagen der 70er, 80er und frühen 90er Jahre nicht als die der jeweils anderen Komponenten der linken Tradition

begriffen werden können, sondern als gemeinsame Niederlage, zu der jede Komponente der gegenwärtig fragmentierten europäischen Linken ihr spezifisches Scherflein beigetragen hat – und sei es nur ihre eigene Unfähigkeit, aufgrund der eigenen Einsicht in die grundlegend veränderte Lage auch überzeugend die Fehler der anderen zurückzudrängen.

Zweitens die Anerkennung der Tatsache, daß es keinen Weg zurück zu den Entscheidungsschlachten und »Weggabelungen« der Vergangenheit gibt: Nicht betretene gesellschaftliche Entwicklungspfade, die sich damals als »alternative Abzweigungen« anboten, sind heute irreversibel verschwunden.

Drittens eine konkretere Einsicht in die Eingebundenheit der unterschiedlichen Projekte der Linken – auch noch der frühen 90er Jahre – in die konkrete Gestalt des späten 'Fordismus'. Insbesondere wegen des engen Zusammenhanges zwischen dem Ort ihrer Gesellschaften innerhalb des europäischen und weltweiten Entwicklungsmodells und den innergesellschaftlichen Verteilungsspielräumen und Kompromißmöglichkeiten, die daraus entsprangen, waren sie sehr viel partikularer, als sie es sich eingestanden.

Viertens die Einsicht, daß es in einem für die Linke vertretbaren politischen Projekt, das sich an den Prinzipien von Aufklärung und Emanzipation und an den Visionen einer friedlichen Welt orientiert, in der die Menschheit selbstbestimmt, ohne Ausbeutung und Beherrschung von Menschen in gleicher Freiheit aller lebt, keine Alternative akzeptiert werden kann zu einer globalen und makroregionalen politischen Verantwortlichkeit über die Grenzen der bisherigen Nationalstaaten hinweg. Die bloße Tatsache von Europäisierung und Globalisierung oder auch bestimmte sozial und ökologisch gebändigte Formen dieser Transnationalisierung unserer gesellschaftlichen Lebensprozesse können von links aus nicht grundsätzlich im Namen nationaler oder regionaler Schutzinteressen abgewehrt werden. Jedes tragfähige linke Projekt in Europa, selbst ein bloß lokal, regional oder national wirkendes, muß daher eine Dimension der bewußten politischen und ökonomischen Integration Europas und einer demokratisch kontrollierten Globalisierung der materiellen und kulturellen Interdependenzen und Austauschnetzwerke enthalten.

Fünftens die Einsicht, daß die Zeit vorbei ist, wo sich die Linke den Problemen der europäischen Handlungsebene dadurch entziehen konnte, daß sie »nach oben«, in Themen der UN-Reform oder der KSZE, oder »nach unten«, in nationale, regionale oder lokale Themenstellungen auswich. Die europäische Linke wird durch ihre Fähigkeit bestehen, sich diesen Themen in ihrer konkreten Ausformung auf der europäischen Ebene zu stellen, oder es wird sie nicht mehr geben.

Gegenwärtig ist die europäische Linke, vorangetrieben von einer eher unerwarteten Veränderungsbereitschaft v.a. der WählerInnen, wieder einmal im programmatischen Aufbruch zu sich selbst. In dem Maße, wie sie sich

dabei nicht vor allem selbst findet, sondern an den Brennpunkten der gesellschaftlichen Strukturbrüche europäische Handlungsfähigkeit gewinnt, kann sie dabei nicht nur ihre eigene Existenz zurückgewinnen, sondern vor allem für Europa und weltweit eine neue Entwicklungsphase einleiten – indem sie den Akkumulationsmustern des globalen High-Tech-Produktivismus ein transnational demokratisches Regulationsregime aufzwingt. Dann wird auch wieder eine sachhaltige gesellschaftspolitische Debatte über mögliche Übergänge zu grundsätzlichen alternativen Modellen des Wirtschaftens möglich, die bis dahin akademisch theoretisch bleiben muß.

In fortschrittlichen Amtsstuben des Westberlins der 70er Jahre hing der Spruch: »Unmögliches wird sofort erledigt. Wunder dauern etwas länger.« Das Wunder von Europa wird sicherlich etwas länger auf sich warten lassen. Es mag sein, daß inzwischen woanders andere ihr Wunder fertig bringen. Aber hier in Europa werden sich die Linken daran messen lassen müssen, ob und wie sie dieses europäische Wunder zustande bringen – gar nicht eurozentrisch, sondern als ihre unabweisbare Verantwortung gegenüber dem Rest der Welt.

Hic et Nunc!, wie es ein theoretisches Organ der italienischen Neuen Linken bereits in den 70er Jahren ganz klassisch formulierte.

Literatur

- Althusser, Louis (1977): *Die Krise des Marxismus*, Hamburg
- Bomomi, Aldo (1999): Molekularer Kapitalismus, in: *Andere Zeiten*, 1/99
- Buhle, Paul (1987): *Marxism in the USA. From 1870 to the present day*, London
- Coates, Ken, u.a., Full Employment. A European Appeal, The Spokesman 64
- Hack, Lothar (1998): *Unternehmensinterne Organisation internationaler Arbeitsteilung*, in: PROKLA 113
- Jäger, Michael (1980): Die Grünen – eine Partei neuen Typs?, in: *Sozialliberalismus oder rechter Populismus?*, Berlin
- Korsch, Karl (1971): Die Krise des Marxismus (1929), in: ders., *Die materialistische Geschichtsauffassung*, Frankfurt a.M.
- Kreissl-Dörfler, Wolfgang (1998): *Initiativbericht des Europäischen Parlaments zum Multilateral Agreement on Investment (MAI)*, März 1998.
- Masaryk, T. G. (1898): Die wissenschaftliche und philosophische Krise innerhalb des gegenwärtigen Marxismus, *Die Zeit*, Wien, 19.2., 26.2. u. 5.3.
- Michels, R. (1957): *Zur Soziologie des Parteiwesens*, Stuttgart
- Leborgne, Danièle, Lipietz, Alain (1996): Postfordistische Politikmuster im internationalen Vergleich, in: *Das Argument* 217
- Lipietz, Alain (1998): *Nach dem Ende des goldenen Zeitalters*, Hamburg
- (1998): *Grün – Die Zukunft der politischen Ökologie*, Wien
- (1998): *La société de sablier*, Paris (2. Aufl., mit ausf. neuer Einleitung)
- Lüthje, Boy, 1998: »Vernetzte Produktion« und »post-fordistische« Reproduktion, PROKLA 113
- Lahusen, Christian (1994): *The praxis of political mobilization*, Florenz (Diss. European University Institute, Nov.)
- Riechmann, Jorge (1996): *Problemas con los frenos de emergencia*, Madrid
- Sartre, Jean-Paul (1956/57): *Fragen der Methode*, Reinbek
- »update« (Newsletter der »Europäischen Föderation der Grünen Parteien) 1996ff